

größten Verehrung und Liebe empfangen wurde, in derselben Zeit, da Regentschaftsrat, Ministerpräsident und Außenminister sich die größte Mühe gaben, Chaim Weizmann Liebenswürdigkeiten zu sagen, veranstalteten rumänische Studenten und Studentinnen in den Städten Transylvaniens nicht zu schillernde Exzesse gegen jüdische Gotteshäuser, gegen jüdische Geschäfte und gegen die jüdische Bevölkerung. Welchen Eindruck mußten dieses Vorkommnisse auf Chaim Weizmann machen, an dessen Wohlwollen nach allen Berichten, die man aus Rumänien bekommt, der rumänischen Regierung sehr viel gelegen war. Denn, wie in ähnlichen Fällen, geht es auch der rumänischen Regierung darum, im Auslande Geld zu bekommen, und aus diesem Grunde ist es ihr sehr unangenehm, daß ausländische Juden von den antisemitischen Ausschreitungen in Rumänien erfahren und daß die ausländischen Kapitalisten den Eindruck bekommen, in Rumänien herrsche im Innern nicht eine solche Ordnung, die Rumänien als konsolidiert und kreditwürdig erscheinen läßt. Wenn wir recht berichtet sind, hat der rumänische Außenminister gegenüber Professor Chaim Weizmann ganz unverblümt über diese Dinge gesprochen. Es ist also tatsächlich anzunehmen, daß diese letzten Juden-Exzesse in Transylvanien der rumänischen Regierung im gegenwärtigen Augenblick sehr unangenehm kamen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß Grund vorhanden sei, tatsächlich guten Willen bei der rumänischen Regierung anzunehmen und zu glauben, daß diese ernstlich gewillt ist, die Juden ihres Landes zu schützen und gerecht zu behandeln.

Und darin liegt auch die Erklärung, warum die Exzesse in Rumänien niemals ein Ende nehmen wollen. Genaue Kenner der Verhältnisse in Rumänien wissen zu erzählen, daß es in diesem Lande bei der dünnen Schicht, die man als gebildet bezeichnen kann, eigentlich nur eine einzige „geistige“ Bewegung gibt: den Antisemitismus. Von dieser Grundeinstellung ist keine einzige der großen rumänischen politischen Partei frei. Demgemäß ist auch jedes in Rumänien am Ruder befindliche Kabinett, mag es sich liberal oder anders nennen, durchaus antisemitisch. Im Herzen und mit ihren Empfindungen billigt jede rumänische Regierung die antijüdischen Ausschreitungen, denn diese sollen die große Masse über ihre tatsächlichen Nöte täuschen und die Empörung des rumänischen Volkes gegen die in Rumänien herrschende soziale Struktur nicht von der Richtung des einzig Schuldigen, nämlich der Regierung, ablenken. Darum werden alle Maßnahmen gegen die antijüdischen Exzesse unaufrecht getroffen und nur zum Scheine in Anwendung gebracht. Während die Regierung in Bukarest jüdischen Delegationen beruhigende Erklärungen abgibt, lassen die Organe dieser Regierung im Lande die verhetzte Studentenschaft ungestört ihre Schandtaten verüben. Die Organe der Regierung sind nämlich über die tatsächlichen Absichten ihrer vorgesetzten Minister durchaus im klaren und lassen sich von dem Text der in Bukarest in aalglatter Höflichkeit abgegebenen Deklaration in keiner Weise beirren. Es wird also in Rumänien ein Doppelspiel getrieben, das in seiner Widerwärtigkeit nicht einmal von der ungarischen Horthyregierung in ihrer numerus clausus-Komödie überboten wurde. Die Lage der Juden in Rumänien, in welchem Lande sie verfassungsmäßig gleichberechtigt sind, wird von genauen Kennern der Verhältnisse für viel schlimmer gehalten als sie im zaristischen Rußland vor dem Jahre 1905 war. Aber während es im zaristischen Rußland wenigstens Einzelpersonen gab, die die Politik der Regierung verdammt und ehrlich auf Seiten der Juden standen, gibt es in Rumänien nicht eine namhafte Persönlichkeit und nicht eine irgendwie in Frage kommende beachtliche politische Gruppe, die in bezug auf die Juden eine gerechte Haltung einnehmen würde. Allerdings greift gegen-

wärtig die rumänische Nationalpartei die rumänische Regierung wegen der antisemitischen Exzesse in Transylvanien heftig an. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß auch die rumänische Nationalpartei, die sich darauf vorbereitet, das Erbe des gegenwärtig amtierenden liberalen Kabinetts zu übernehmen, ebenso antisemitisch ist wie das Kabinett Bratianu-Duca-Titulescu.

Was kann man von jüdischer Seite überhaupt zur Linderung der Lage der rumänischen Juden tun? Aufrichtig gesagt, ein wirklich zureichendes Mittel ist nicht vorhanden. Aber, wenn irgend etwas erfolgversprechend sein kann, so ist es die rastlose Aufklärung der öffentlichen Meinung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte, da sich Rumänien anschickt, auf den Auslandsmärkten eine Anleihe aufzunehmen. Allerdings muß man auch in dieser Hinsicht skeptisch sein. Denn wenn dem internationalen Geldmarkt seitens Rumäniens genügend Garantien und

eine hohe Verzinsung zugesichert werden, da wird er trotz der Juden-Exzesse in jenem Lande sich nicht davon abhalten lassen, ein gutes Geschäft zu machen. Wir glauben aber nicht, daß ein Land, dessen Regierungsmaxime der Antisemitismus ist, überhaupt imstande ist, wirklich brauchbare Sicherheiten zu geben. Denn diese Judenausschreitungen sind in hohem Maße ein Beweis für eine tiefgehende Unzufriedenheit des rumänischen Volkes mit der in diesem Lande herrschenden sozialen Gliederung. Judenausschreitungen, wie sie in Rumänien vorkommen, sind ein untrügliches Zeichen, daß, abgesehen von dem ewig wirkenden eingeborenen Antisemitismus, etwas in diesem Lande faul ist. Darauf muß man das internationale Kapital aufmerksam machen. Das aber ist auch unsere einzige wirksame Waffe im Kampfe gegen die rumänischen Antisemiten, wiewohl auch sie letzten Endes zweischneidig ist. m. w.

Proteste gegen die rumänischen Greuel in der ganzen Welt

Einbringung einer Resolution in den amerikanischen Kongreß

Washington. In der letzten Sitzung des Kongresses der Vereinigten Staaten hat der Senator La Guardia eine Resolution vorgeschlagen. In der der Staatssekretär Kellogg vom Kongreß aufgefordert wird, bei der rumänischen Regierung energisch gegen die grausamen Verfolgungen, der die friedliche jüdische Bevölkerung in Rumänien ausgesetzt ist, zu protestieren. In der Resolution wird die rumänische Regierung auch ermahnt, die Gleichberechtigung der Juden zu respektieren. Ueber die Resolution ist noch nicht abgestimmt worden.

Die amerikanischen Studenten protestieren

Newyork. Das Generalkomitee der amerikanischen Studentenschaft hat heute in Newyork eine Protestversammlung gegen die Verfolgungen der Juden und der jüdischen Studenten in Rumänien abgehalten. Den Vorsitz hatte der Präsident des City College Prof. Frederick Robinson inne. Unter den Rednern waren Senator Copeland, Bischof Paul Jones und Norman Thomas. Sämtliche Redner brandmarkten die Verfolgung der Juden in Rumänien und sprachen insbesondere den jüdischen Studenten in Rumänien und Ungarn, die unter einem beispiellosen Terror zu leiden haben, ihre Sympathie aus. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen.

Die Antwort Titulescus an Lucien Wolf

London. Herr Lucien Wolf, Sekretär des Joint Foreign Committee der britischen Juden, hat in einem Schreiben an den rumänischen Außenminister Titulescu der tiefen Besorgnis der Judenheit über die antisemitischen Exzesse in Rumänien Ausdruck gegeben. Dieses Schreiben beantwortete Herr Titulescu mit einem längeren Telegramm. Es heißt darin: Ihnen sind die wahren Gefühle der rumänischen Regierung nur zu gut bekannt, als daß ich erst feststellen müßte, daß wir uns mit tiefer Empörung und Trauer gegen die in Klausenburg und Großwardein begangenen Gewalttaten wenden. Obgleich wir schlüssige Beweise dafür besitzen, daß fremde Provokateure mit im Spiele waren, obgleich man die Masse der rumänischen Studenten mit den irreführenden Opfern dieser fremden Propaganda sicherlich nicht identifizieren dürfte, ist die Regierung entschlossen, unverzüglich die strengsten Maßnahmen zu ergreifen, um jede Möglichkeit einer Wiederholung solcher Akte in Zukunft auszuschließen. Infolgedessen hat die Regierung jene administrativen und polizeilichen Organe, die sich durch die Unruhen haben überraschen lassen, entlassen. So wurde die Entlassung des Präfekten des Departements Bihor und der Polizeipräfekten von Klausenburg und Großwardein verfügt. Die militärischen und Justizbehörden haben bereits eine erste Gruppe schuldiger Personen festge-

stellt. In Großwardein wurden 21 Studenten und 28 Privatpersonen wegen Aufruhrs in den Anklagezustand versetzt, in Klausenburg wurden 44 Studenten und 9 Privatpersonen wegen Ausschreitungen und Devastierungen festgenommen, ebenso in Bukarest 11 Studenten, die sich in Großwardein und Klausenburg an den Unruhen beteiligten. Alle diese werden durch das in Klausenburg eingesetzte Kriegsgericht abgeurteilt werden. Staatliche Funktionäre, die der Mitschuld an den Unruhen überwiesen werden, werden aus dem Staatsdienst entfernt. Schuldige Studenten werden relegiert, weniger Schuldige von den betreffenden Universitätsseminars disziplinarisch bestraft. Die Regierung hat eine Sonderkommission zur Feststellung der Schäden eingesetzt. Der Ministerrat hat bereits einen Kredit von 5 Millionen Lei bewilligt, der zur Wiederherstellung der Synagogen verwendet werden wird.

Aus Klausenburg wird gemeldet, daß Kultusminister Lapedatu die zerstörten Synagogen und Geschäftshäuser besichtigt, dabei fortwährend die Hände gerungen und ausgerufen hatte: „Mein Gott, welch ein Vandalismus!“

Die Vertreter aller Konfessionen haben bei den Rabbinern von Großwardein und Klausenburg vorgeschrieben und ihnen das Beileid über die Zerstörung der Gotteshäuser ausgesprochen.

Die erste Buße

Bukarest. Kultusminister Lapedatu hat den Vorstehern der Klausenburger Synagogen persönlich anderthalb Millionen Lei als Vorschuß für die ersten Wiederherstellungsarbeiten bewilligt.

Die Wahrheit über Großwardein und Klausenburg kommt ans Licht. — Synagogen verwüstet und beschmutzt, Hunderte Geschäfte zerstört und ausgeplündert, Menschenleben vernichtet, bestialische Taten von Studentinnen. — Die rumänische Regierung gibt ihrer Trauer Ausdruck und verspricht Wiedergutmachung. Bukarest. Allmählich kommt die Wahrheit über die Vorgänge in Großwardein, Klausenburg und in anderen Städten, wo die Teilnehmer am rumänischen Studenten-Kongreß wie die Wilden hausten, ans Licht. Die Bukarester Zeitungen beginnen mit der Wiedergabe von Einzelheiten, die grauenerregend sind. Das heute erschienene offizielle Kommuniqué gibt zu, daß in Großwardein und Klausenburg schwere Sachschäden zu verzeichnen sind, daß Hunderte Geschäfte und Privatwohnungen zerstört und geplündert worden sind. Es wird angekündigt, daß der Schaden vergütet werden wird und daß schon heute die Stadtbehörden der erwähnten heimgesuchten Städte mit den Steuerbehörden und den Banken wegen eines Moratoriums für die geplünderten Kaufleute verhandeln. Das Kommuniqué spricht auch von zerstörten Synagogen, die auf Kosten der Regierung wieder hergestellt werden würden.

Ein weiteres Kommuniqué besagt: Eine Militärkolonne umzingelte den Bahnhof von Bukarest und nahm die mit einem Sonderzug aus Großwardein zurückgekehrten Studenten in Empfang. Die Studenten wurden in die Kaserne gebracht und dort interniert. Es wurde eine Untersuchung angestellt, woraufhin 24 Studenten, die sich als die Rädelsführer herausstellten, für verhaftet erklärt wurden. 16 von ihnen werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Das rigorose Vorgehen der Behörden wird in der Bukarester Öffentlichkeit auf den tiefen Eindruck, den die Rede Dr. Fildermanns im Parlament hervorgerufen hat, sowie auf die Tatsache zurückgeführt, daß der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Chaim Weizmann, jetzt im Lande weilt.

Rein natürliche
Heilquellen
des In- und Auslandes
Rheinische und Harzer Tafelwässer
Mineralquellenversand
Lessingstraße 24 — Fernspr. 18921